

# **Polizeigewalt und Verantwortung der Führungskräfte während der sozialen Unruhen**

Ab Mitte Oktober 2019 begann in Chile eine der tragischsten und gleichzeitig umwälzendsten Episoden seiner jüngeren Geschichte.

Die ursprünglich studentischen Proteste gegen die Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Metropolregion, lösten eine Welle von Demonstrationen aus, die sich schnell im ganzen Land ausbreiteten. Dieses massenhafte Aufzeigen von Unzufriedenheit war ein Aufruf zu größerer sozialer Gleichheit und forderte die Anerkennung und Gewährleistung sozialer und wirtschaftlicher Rechte, wie das Recht auf eine angemessene Rente, auf öffentlichen Wohnraum guter Qualität, Bildung und Gesundheitsversorgung.

Obwohl die Mehrzahl der Demonstrationen friedlich verlief, kam es doch bei vielen Protestaktionen zu Schäden an öffentlichen und privaten Einrichtungen wie an einigen U-Bahn-Stationen in der Hauptstadt, Schäden an Gebäuden oder zur Behinderung öffentlicher Straßen durch den Bau von Barrikaden.

Daraufhin rief die Regierung von Präsident Sebastián Piñera den verfassungsmäßigen Ausnahmezustand aus und schickte die Streitkräfte in einigen Gegenden des Landes für zehn Tage auf die Straße, wo sie gemeinsam mit der Polizei, den chilenischen Carabineros, versuchten, die Proteste unter ihre Kontrolle zu bringen.

Diese Strategie, weit davon entfernt, die Situation zu beruhigen, verstärkte die Proteste. Den Streitkräften (deren Rolle nicht darin besteht, öffentliche Proteste unter Kontrolle zu bringen) wurden zahlreiche Akte der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung vorgeworfen. Sie setzten auch mehrmals tödliche Waffen gegen Demonstrant\_innen ein und töteten im Rahmen der Proteste drei Menschen.

Auf der anderen Seite hat die Polizei - die chilenischen Carabineros -, anstatt Proteste zuzulassen und die Gewaltausbrüche im Hinblick auf die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung angemessen zu bewältigen, Tausende Menschen verletzt, Hunderte davon schwer.

Obwohl viele Menschenrechtsverletzungen, die von Offizier\_innen der Carabineros begangen wurden, bereits früher in Chile dokumentiert wurden, war das Ausmaß der staatlichen Gewalt, die ab dem 18. Oktober in Zeiten der Demokratie stattfand, beispiellos.

In diesem Bericht legt Amnesty International eine detaillierte Analyse der Strategie vor, dem die Gewaltanwendung der Carabineros zwischen dem 18. Oktober und dem 30. November zugrunde liegt. Die Organisation konzentriert sich auf diese Behörde aufgrund der Tatsache, dass die Missachtung des Rechts auf persönliche Unversehrtheit durch Beamt\_innen der Carabineros in großer Zahl stattfand, d.h. es handelte sich nicht um isolierte Vorfälle. Es handelt sich außerdem um die Institution, die für die Kontrolle der öffentlichen Ordnung zuständig ist, sodass ein umfassender und struktureller Wandel erforderlich ist, um die Wiederholung von Vorfällen wie denen, die im Bericht analysiert wurden, zu vermeiden. Auch aus diesem Grund schenkte die Organisation neben bestimmten taktischen oder operativen Befehlshaber\_innen in der

Metropolregion den strategischen Führungskräften der Carabineros besondere Aufmerksamkeit. Dieser Bereich wurde beispielhaft für diese Untersuchung herangezogen.

Für die Erstellung dieses Berichts wurden 12 Fälle von Menschenrechtsverletzungen eingehend analysiert und mehr als 200 Videoclips überprüft. Zusätzlich zu den offiziellen Informationen, die das Ministerium für Inneres und öffentliche Sicherheit an Amnesty International übermittelt hat, erhielt Amnesty International Daten aus 14 informellen Anfragen an mehrere Ministerien, sowie Dokumente aus Gerichtsakten.

### **Die Anwendung von Gewalt, um Schmerzen zuzufügen**

Internationale Menschenrechtsstandards verlangen eindeutig, dass die Anwendung von Gewalt durch die Polizei beim Einsatz bei Demonstrationen nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen darf und dass sie sich an den Prinzipien der Legalität, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Verantwortlichkeit orientieren muss. Der Einsatz tödlicher oder potenziell tödlicher Gewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Situationen, die keine spezifische Bedrohung für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit Dritter darstellen, wird als unverhältnismäßig betrachtet. Nicht tödliche Gewalt muss auch verhältnismäßig zur Verfolgung eines legitimen Ziels und auf der Grundlage der oben genannten Grundsätze eingesetzt werden.

Die Analyse der Beweise, zu denen Amnesty International Zugang hatte, legt nahe, dass anderthalb Monate lang Offizier\_innen der Carabineros nicht nur übermäßig Gewalt angewendet, sondern den Demonstrant\_innen absichtlich oder in dem Wissen, dass dies die Folge sein könnte, Schmerzen und Leiden zugefügt haben. Dieser allgemeine Schaden, der schwerwiegende physische und psychische Folgen für die Überlebenden hatte, war das Ergebnis einer vorsätzlichen Gewaltanwendung mit dem Ziel, die Demonstrant\_innen zu bestrafen und sie um jeden Preis zu zerstreuen.

In den anderthalb Monaten, die in diesem Bericht analysiert wurden, war die Zahl der angegriffenen und verletzten Menschen ein klarer Indikator dafür, dass täglich und routinemäßig Gewalt missbräuchlich angewendet wurde:

- Nach Angaben des Gesundheitsministeriums benötigten mehr als 12.500 Menschen aufgrund von Zwischenfällen im Zusammenhang mit den Protesten eine Notfallbehandlung in öffentlichen Krankenhäusern. Im gleichen Zeitraum wurden 2.300 Carabinero-Beamt\_innen verletzt.
- Mindestens 347 Menschen erlitten Augenverletzungen, die meisten davon durch Schrotkugeln (gummierter Schrot) aus Schrotflinten, so das Nationale Menschenrechtsinstitut.
- Die chilenische Generalstaatsanwaltschaft verzeichnete 5.558 Opfer institutioneller Gewalt, von denen 1.938 durch Schusswaffen verletzt wurden und 674 schwere Verletzungen erlitten, davon 285 Augenverletzungen. Unter den Opfern waren 834 Kinder oder Jugendliche. Von der Gesamtzahl der Anzeigen richteten sich 4.170 gegen Carabinero-Offizier\_innen.
- Die Generalstaatsanwaltschaft registrierte 246 Opfer sexueller Gewalt, sechs davon mit sexueller Penetration mit einem Gegenstand und zwei Fälle von Vergewaltigung, darunter eine Gruppenvergewaltigung. Es gab

134 Ermittlungen wegen Folter und 4.158 wegen unrechtmäßiger Zwangsmaßnahmen (gleichbedeutend mit Misshandlung).

- Es wurden 1.946 Strafanzeigen gegen Carabineros registriert, wegen Drohungen und Misshandlungen. Davon waren mindestens 692 Fälle von Misshandlungen durch Beamte der Institution.

Amnesty International bestätigte, dass die Beamt\_innen der Carabineros bei zahlreichen Gelegenheiten absichtlich unverhältnismäßige körperliche Gewalt angewendet haben, auch wenn es nicht notwendig war, indem sie Schlagstöcke benutzten oder körperliche Schläge ausführten, auch bei Personen in Staatsgewahrsam. Darüber hinaus wurden mehrere Fälle registriert, in denen Menschen von Fahrzeugen der Carabineros überfahren wurden, was keineswegs zufällig geschah, sondern absichtlich gegen die Protestierenden gerichtet war. Im Fall von **Alex Núñez** führten die durch die Schläge verursachten Verletzungen zu seinem Tod, und im Fall von **Josué Moreira** stellte die Gewalt sexuelle Folter dar. **Cristóbal Flen** erlitt mehrere Verletzungen durch Schläge auf Kopf und Brust, ebenso wie **Moisés Órdenes**, der mehr als ein Dutzend Verletzungen erlitt, von denen einige schwerwiegend waren, wie z.B. ein Pneumothorax und Sehkraftverlust.

In Fällen von Verletzungen, die durch potenziell tödliche Waffen wie Schrotflinten mit Munition mit mehrfacher kinetischer Wirkung verursacht wurden, wurden diese als taktisches Mittel zur Kontrolle von Protesten eingesetzt. Die Munition bestand aus Pellets aus einer Gummi-Metall-Legierung, die sehr gefährlich war, da sie die Haut durchdrang und sich beim Schuss zerstreute. Diese Munition hätte nicht verwendet werden dürfen. Sie hätte verboten werden müssen, da sie nicht den internationalen Normen für die Anwendung von Gewalt entspricht. Trotzdem gaben die Offizier\_innen der Carabineros diese Munition praktisch unkontrolliert und unterschiedslos ab, vor allem im Oktober, als mehr als 104 000 Patronen verschossen wurden. Darüber hinaus wurde sie bei zahlreichen Gelegenheiten gegen Demonstrant\_innen eingesetzt, die keine Gefahr für das Leben der Offizier\_innen oder Dritter darstellten, wie z.B. im Fall des Beobachters des Nationalen Menschenrechtsinstituts, **Jorge Ortiz**.

Es wurde festgestellt, dass Offizier\_innen auf gefährdete Bereiche wie Kopf und Brust schossen, was zusammen mit der Tatsache, dass es sich dabei offenkundig um wahllose Munition handelte, dazu führte, dass Hunderte von Menschen Augenverletzungen erlitten. Dieses bewusste Vorgehen wurde zumindest in den Fällen von **Gustavo Gatica, Renzo Inostroza und dem Mädchen D.S.A.G.** festgestellt. Andererseits wurden auch Beamt\_innen identifiziert, die wahllos oder willkürlich mit der Absicht schossen, die Proteste zu zerstreuen, ohne ein bestimmtes Ziel zu verfolgen, und dabei Personen wie den Kameramann **Alejandro Torres** oder den Jungen **M.I.V.Q.** verletzten, da sie die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen nicht berücksichtigten.

Tränengas wurde unverhältnismäßig häufig als Zerstreungsmittel verwendet und auch mit Granatwerfern abgeschossen, wobei der Behälter mehrmals auf die Körper von Menschen gerichtet wurde, um Schaden anzurichten, und nicht als Mittel zur Zerstreung von Menschenmassen. **Fabiola Campillai** verlor ihr Augenlicht sowie ihren Geruchs- und Geschmackssinn durch einen

Granatenschuss in ihr Gesicht. In ähnlicher Weise erlitt **Natalia Aravena** einen Augenriss, als ihr ein Tränengaskanister direkt ins Auge geschossen wurde.

Die begrenzte Rückverfolgbarkeit der verwendeten Munition wie Pellets und Gaskanister, die im Gegensatz zu tödlicher Munition keine spezifischen Spuren auf der Waffe hinterlassen, förderte das Gefühl der Straflosigkeit innerhalb der Institution.

### **Verantwortung der Führungskräfte für wiederholten Missbrauch**

Es trifft zwar zu, dass zusätzlich zu Verletzungen der Offizier\_innen der Carabineros auch erhebliche Sachschäden gemeldet wurden, aber die unverhältnismäßig hohe Zahl der Verletzten sowie die Beweise und Bilder, die die wiederholt unnötige und unverhältnismäßige Gewaltanwendung belegen, lassen den Schluss zu, dass dies eine Politik der Carabineros gewesen sein könnte und nicht nur in der Verantwortung der einzelnen Offizier\_innen lag, die allein handelten und den Befehlen ihrer Vorgesetzten nicht gehorcht hätten.

Diese Politik, wenn sie von hochrangigen Behörden gekommen wäre, hätte bedeutet, die Verletzung der Unversehrtheit der Menschen als notwendiges Übel bei der Wiederherstellung der "öffentlichen Ordnung" zu akzeptieren, diejenigen, die protestierten, zu bestrafen und die Proteste um jeden Preis zu beenden.

Der internationale Standard über die Verantwortung der Befehlshaber\_innen verlangt den Nachweis, dass die Befehlshaber\_innen wussten oder hätten wissen müssen, dass es zu Verstößen kam, und dass sie trotzdem keine Maßnahmen ergriffen haben, um die Gewalttaten zu verhindern oder die Täter\_innen zu bestrafen.

Diese Schlussfolgerungen basieren auf den folgenden von Amnesty International dokumentierten Fakten:

- Sowohl die operativen als auch die strategischen Kommandeur\_innen der chilenischen Carabineros mussten über externe Kanäle gewusst haben, wie ihre Untergebenen tagtäglich operierten und welche Art von Verletzungen sie verursachten.
- Die strategischen Kommandeur\_innen, wie der Polizeipräsident oder der Leiter des Bereichs für öffentliche Ordnung und Sicherheit (DIOSCAR), mussten über umfassende interne Informationen verfügt haben, die ihnen Kenntnisse über die Einzelheiten der Operationen und Unregelmäßigkeiten ihrer Untergebenen, darunter bestimmter operativer Kommandeur\_innen in der Metropolregion vermittelt haben.
- Die verwendete Munition war notorisch unberechenbar, sowie gefährlich und stand daher im Widerspruch zum internationalen Standard. Der Polizeipräsident schränkte die Verwendung von TEC-Harseim-Munition erst dann ein, als die Zusammensetzung der Munition in Frage gestellt wurde und die Zahl der Personen mit Augenverletzungen 250 Fälle überschritt.
- Darüber hinaus haben weder der *Plana Mayor Nacional* (ein Gremium hochrangiger Offizier\_innen der Carabineros, das im Zusammenhang mit der Krise eingerichtet wurde, um den Polizeipräsidenten zu beraten) noch

der DIOSCAR-Direktor Lehren aus der menschenrechtlichen Perspektive in die Planung der staatlichen Reaktion auf die Proteste einbezogen.

- In dieser Hinsicht änderten die taktischen Kommandeur\_innen, zumindest in der Metropolregion, ihre Operationspläne nicht, die seit Beginn der Krise über die Logistik hinaus in jeder wesentlichen Weise unverändert blieben. Infolgedessen blieben die gleichen Beamt\_innen, die unnötige oder übermäßige Gewalt anwandten, auf ihren täglich operierenden Posten, wie die Präfekten und Unterpräfekten der Spezialeinheiten in der Metropolregion.
- Anstatt präzise und der Realität angepasste Anweisungen mit der Absicht zu erteilen, den Schaden für die Integrität der Menschen zu verringern, behielten der Polizeipräsident und der Leiter von DIOSCAR einerseits unpräzise und sich wiederholende Befehle bei und gewährleisteten andererseits nicht, dass diese an die Einsatzkommandeur\_innen mit präzisen Anweisungen zu den wichtigsten operativen Aspekten, die zum Schutz der Integrität der Menschen erforderlich sind, weitergegeben wurden.
- Weit davon entfernt, illegales Verhalten zu bestrafen, wurde dies vom Polizeipräsidenten nicht nur erlaubt, sondern sogar unterstützt. Dies wurde nicht nur durch das Durchsickern eines Audioclips bewiesen, in dem bestätigt wurde, dass kein\_e Offizier\_in unabhängig von individuellem Verhalten entlassen werden würde, sondern auch durch die geringe Anzahl der Strafen, die im Verhältnis zur Anzahl der Beschwerden minimal war. Fälle, in denen die Offizier\_innen die Verantwortung übernahmen, wurden nicht einmal bestraft. Es kam zu möglichen Vertuschungen und die Strafen, die in den Amnesty International bekannten Fällen, wie denen von Gustavo Gatica oder Fabiola Campillai, durchgeführt wurden, erfolgten verspätet und für andere Vergehen als die schwereren Verletzungen, was die Anwendung von Gewalt, die den Schaden verursachte, rechtfertigte .

Letzten Endes wurden Versäumnisse bei mehreren der institutionellen Wege festgestellt, auf denen Kommandeure den Menschenrechtsverletzungen hätten Einhalt gebieten können: Einsatz von Munition, Protokolle, Planung, Befehle und Disziplinarverfahren u.a.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer zu glauben, dass die Kette der Unterlassungen der strategischen Führungskräfte wie des Polizeipräsidenten, des stellvertretenden Polizeipräsidenten oder des Leiters von DIOSCAR nicht beabsichtigt und nicht vorsätzlich waren. Sie sind zumindest der wiederholten Fahrlässigkeit schuldig. Das sind Tatsachen, die von der chilenischen Justiz aufgeklärt werden müssen.

## **SCHLUSSFOLGERUNGEN: DEN MENSCHEN ZU SCHADEN, EIN NOTWENDIGES ÜBEL**

***Ich werde eine Analogie benutzen, (...) wir können sagen, dass in dieser Zeit, in diesen letzten 30 oder mehr Tagen, unsere Gesellschaft an einer schweren Krankheit leidet. Nehmen wir an, es handelt sich um Krebs (...) die Behandlung von Krebs (...) wenn diese medizinischen Mittel eingesetzt werden, werden gute und schlechte Zellen abgetötet. Das ist das Risiko, dem wir ausgesetzt sind, wenn wir Werkzeuge wie Schusswaffen benutzen, es ist kompliziert".***<sup>1</sup>

*(Leiter der Carabineros in der Großstadt-Ostzone)*

Der obige Abschnitt hat gezeigt, wie die Verletzung des Rechts auf persönliche Unversehrtheit nicht in dem Ausmaß hätte passieren können, wenn es Kommandant\_innen und andere Vorgesetzte geschafft hätten, sie zu verhindern. In diesem Zusammenhang stellte Amnesty International vorschriftswidrige Befehle und vorsätzliche oder rücksichtslose Unterlassungen der Kommandeur\_innen der Carabineros fest.

Die Organisation ist der Ansicht, dass sowohl die operativen als auch die strategischen Kommandeur\_innen, die in diesem Bericht analysiert werden, gewusst hatten, wie ihre Untergebenen tagtäglich operierten und welche Art von Verletzungen sie verursachten. Neben den Informationen, die in den Medien und in den sozialen Medien veröffentlicht und bekannt waren, erstatteten das Nationale Menschenrechtsinstitut und die Generalstaatsanwaltschaft der Polizeibehörde ordnungsgemäß Bericht, wenn Beschwerden oder Berichte gegen ihre Beamt\_innen eingereicht wurden. Einige Beschwerden waren an den Polizeipräsidenten gerichtet.

Darüber hinaus standen den strategischen Führungskräften wie dem Polizeipräsidenten oder dem Leiter von DIOSCAR umfangreiche interne Informationen über die von den Einsatzkräften begangenen Verstöße zur Verfügung, und zwar über Abteilungen wie O.S.1 (innerhalb von DIOSCAR) und viele andere Kanäle wie Polizeiprotokolle, Umstandsprotokolle, Einsatzprotokolle und Informationen aus Kommandozentralen. Solche Informationen hätten es ihnen ermöglicht, neben der Identifizierung von Unregelmäßigkeiten, die von Beamt\_innen der Carabineros und ihren operativen Kommandeur\_innen, z.B. dem Leiter der Metropolregion (STGO1), dem Leiter der Kontroll-, Ordnungs- und Interventionszone (STGO4) oder den

---

<sup>1</sup>Biobio Chile. "Gute Zellen und schlechte Zellen werden getötet": Bassaletti vergleicht Anti-Riot-Waffen mit Krebsbehandlung. Siehe: <https://www.biobiochile.cl/noticias/nacional/region-metropolitana/2019/11/22/general-bassaletti-comparo-uso-de-escopetas-antimotines-con-el-tratamiento-contra-el-cancer.shtml>.

Kommandeur\_innen der Präfektur der Spezialeinheiten (G-1, G-2 und G-3), alle in Santiago, begangen wurden, auch detaillierte Kenntnisse über die Operationen zu erhalten.

Den strategischen (und operativen) Befehlshaber\_innen gelang es jedoch nicht, solche Verletzungen durch die ihnen zur Verfügung stehenden wirksamen Mechanismen zu verhindern.

So schränkte der Polizeipräsident beispielsweise die Verwendung von TEC-Harseim-Munition nicht ein, noch verbot er sie, noch nahm er explizite Änderungen am Protokoll vor, bis die Zusammensetzung der Munition in Frage gestellt wurde und die Zahl der Personen mit Augenverletzungen 250 Fälle überschritt.<sup>2</sup> Dies geschah in dem Wissen, dass der verursachte Schaden nicht nur auf die Art der Munition, sondern auch auf deren unsachgemäßen Gebrauch zurückzuführen war. Im Untersuchungszeitraum wurde nicht erwähnt, dass die Verwendung von Granatwerfern eingeschränkt werden sollte, obwohl es aufgrund der unsachgemäßen Verwendung schwere Verletzungen gab.

In ähnlicher Weise haben weder die *Plana Mayor Nacional* (ein Gremium hochrangiger Offizier\_innen der Carabineros, das im Zusammenhang mit der Krise eingerichtet wurde, um den Polizeipräsidenten zu beraten) noch der Leiter von DIOSCAR Lehren aus der menschenrechtlichen Perspektive in die Planung der staatlichen Reaktion auf die Proteste einbezogen und auf das Verhalten der taktischen Kommandeure wie STGO4 einfließen lassen. Sie und der Leiter der Kontroll-, Ordnungs- und Interventionszone, änderten ihre Einsatzpläne nicht, die seit Beginn der Krise über die Logistik hinaus in wesentlichen Punkten unverändert blieben und es denselben Beamten\_innen, wie den Kommandeur\_innen der Präfektur der Spezialeinheiten, ermöglichten, auf die gleiche Weise zu operieren und dabei täglich die Menschenrechte zu verletzen.

Darüber hinaus gaben der Polizeipräsident und der Leiter von DIOSCAR keine präzisen Anweisungen, um den Schaden für die Unversehrtheit der Menschen zu verringern, sondern behielten unpräzise und sich wiederholende Befehle bei und garantierten nicht, dass diese mit klaren Anweisungen an die operativen Kommandeur\_innen weitergegeben wurden.

Weit davon entfernt, missbräuchliches Verhalten zu bestrafen, wurde dies nicht nur erlaubt, sondern vom Polizeipräsidenten unterstützt, nachdem er erklärt hatte, dass niemand ungeachtet seiner Handlungen entlassen werden würde. Diese Unterstützung zeigte sich in der Zahl der Strafen, die im Verhältnis zur Zahl, der beim Generalstaatsanwaltschaft und beim Nationalen Menschenrechtsinstitut eingereichten Beschwerden, unbedeutend war. Nicht einmal in Fällen, in denen der Beamte die Verantwortung übernahm und mögliche Vertuschungen aufgedeckt wurden, wurden Strafen verhängt. Hinzu kam, dass die verhängten Strafen nicht für den schwerwiegenderen Vorfall galten, wodurch die unrechtmäßige Anwendung von Gewalt, die den Schaden verursachte, gerechtfertigt wurde.

---

<sup>2</sup>COLMED, forensischer Experte der Abteilung für Menschenrechte an der Medizinischen Hochschule von Chile, März 2020.

Im Allgemeinen waren die disziplinarischen Untersuchungen sehr oft langsam, rein formal und ineffizient, da sie nicht unabhängig waren. Das Fehlen einer umfassenden Überprüfung durch die strategischen Kommandeur\_innen in besonders schweren Fällen wurde deutlich gemacht.

Dies führte Tag für Tag zu neuen schwerwiegenden Schäden an der Unversehrtheit der Bevölkerung, ungeachtet der Tatsache, dass dieses schwerwiegende Verhalten strafbar sein konnte. Dieses Gefühl der Straflosigkeit wurde teilweise durch die begrenzte Rückverfolgbarkeit der verwendeten Munition verstärkt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei mehreren der institutionellen Kanäle zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen Versäumnisse festgestellt wurden, unter anderem beim Einsatz von Munition, Protokollen, Planung, Befehlen und Disziplinarstrafen. Wäre die gebührende Sorgfalt angewandt worden, dann hätte den Menschenrechtsverletzungen ein Ende gesetzt werden können.

Angesichts dessen ist es schwer zu glauben, dass die Versäumnisse der strategischen Kommandeure wie des Polizeipräsidenten, des Stellvertretenden Polizeipräsidenten oder des Leiters von DIOSCAR keineswegs beabsichtigt waren, und dass sie nicht vorsätzlich begangen wurden oder dass sie nicht zumindest wiederholt der Fahrlässigkeit schuldig sind - Tatsachen, die von der chilenischen Justiz aufgeklärt werden müssen. Das bedeutet, dass diese Versäumnisse Teil einer institutionellen Politik sein konnten, die Proteste um jeden Preis zu zerstreuen, auch wenn dies bedeutete, die Verletzung der Unversehrtheit der Menschen als Strafe und als notwendiges Übel bei der Wiederherstellung der "öffentlichen Ordnung" in Kauf zu nehmen.

Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass die chilenischen Offizier\_innen der Carabineros während des analysierten Zeitraums im Zusammenhang mit den Protesten die Menschenrechte der Protestierenden auf umfassende Weise verletzt haben, darunter auch das Recht auf persönliche Unversehrtheit. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sie während der Operationen den Demonstranten schwere Schmerzen und Leiden zugefügt haben mit der Absicht, sie zu bestrafen, sie zu zerstreuen und damit die Proteste zu beenden. Um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, wurde die Verletzung der Unversehrtheit der Menschen als notwendiger Preis akzeptiert.

Die Menschenrechtsverletzungen hätten nicht auf breiter Ebene begangen werden können, wenn die strategischen Kommandeure der dazu befugten Institution alle erforderlichen und verfügbaren Maßnahmen ergriffen hätten, um zu verhindern, dass sich die gleichen Verletzungen (von denen sie wussten) täglich wiederholen.

Amnesty International ist der Ansicht, dass zumindest der Polizeipräsident, der stellvertretende Polizeipräsident und der Leiter von DIOSCAR während des analysierten Zeitraums aufgrund ihrer Stellung als Garant\_innen die Verpflichtung hatten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um schwere oder irreparable Verletzungen zu vermeiden. Mit



anderen Worten: Fälle wie die von Gustavo Gatica oder Fabiola Campillai hätten vermieden werden können, wenn diese strategischen Kommandeur\_innen im Rahmen ihrer Aufgaben mit der gebotenen Sorgfalt gehandelt hätten.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die möglichen vorschriftswidrigen Anordnungen und vorsätzlichen oder leichtfertigen Unterlassungen, in die der Polizeipräsident, der stellvertretende Polizeipräsident und der Leiter von DIOSCAR verwickelt gewesen sein könnten, von der chilenischen Generalstaatsanwaltschaft unter Menschenrechtsgesichtspunkten gebührend untersucht werden müssen.

Darüber hinaus muss auch die Verantwortung der Einsatzkommandeur\_innen und der in diesem Bericht genannten Personen in Bezug auf die Metropolregion geklärt werden. In allen Fällen müssen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und die Rechtsgarantien der Beschuldigten gewährleistet sein.

Obgleich Amnesty International in diesem Bericht die mögliche Verantwortung anderer Akteur\_innen als die der Carabineros nicht im Detail analysiert, ist sie der Ansicht, dass die mangelnde Kontrolle, die die Regierung von Präsident Sebastián Piñera über die Carabineros ausübt, es erforderlich macht, alle Verantwortlichen im politischen, administrativen oder sogar strafrechtlichen Sinne in höchstmöglichem Maße zu identifizieren, einschließlich derjenigen, die in ihrer Position als Garant\_innen wussten oder hätten wissen müssen, ob sorgsam gearbeitet wurde, sowie das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen kennen mussten, und die dies trotz ihrer Fähigkeit, solche Verletzungen zu vermeiden, nicht getan haben.

## **EMPFEHLUNGEN**

### **1. ZUGANG ZUM RECHT**

Die chilenischen Behörden müssen die Schwere der Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen nach internationalem Recht, die während der Krise begangen wurden, öffentlich anerkennen und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Opfern Wiedergutmachung zu leisten und die Wiederholung von Vorfällen wie die in diesem Bericht analysierten, zu vermeiden.

Die Generalstaatsanwaltschaft muss weiterhin gegen jeden der Verantwortlichen in der Befehlskette der Carabineros ermitteln, die entscheidend dazu beigetragen haben, die allgemeine Verletzung des Rechts auf persönliche Unversehrtheit zuzulassen. Die Pflicht jede\_r verantwortlichen Kommandeur\_in, zu verhindern, dass täglich weitere Menschen irreparable Schäden erleiden, muss auf höchster Ebene geklärt werden.

Die chilenischen Carabineros müssen dringend eine interne Untersuchung aller Beamt\_innen einleiten, die der Verletzung von Menschenrechten verdächtigt werden, und garantieren, dass kein\_e Offizier\_in, falls es Beweise gegen ihn gibt, auf seinem Posten bleibt, bis die Untersuchung abgeschlossen ist und jede

Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschlossen werden kann.

## **2. STRUKTURELLE REFORM DER CHILENISCHEN CARABINEROS**

Die zuständigen Behörden müssen wirksam sicherstellen, dass die Kräfte der öffentlichen Ordnung die internationalen Normen für die Anwendung von Gewalt strikt befolgen.

Aufgrund der Einschränkungen, die sein militärischer Charakter und seine organische Struktur mit sich bringen, ist eine umfassende und tiefgreifende Reform erforderlich, die dem Vorschlag der Sicherheitskommission des chilenischen Senats Ende 2019 entspricht.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Reform nicht nur eine Modernisierung einiger Details ist, sondern dass sie eine tiefgreifende Reform auf normativer und kultureller Ebene beinhaltet. Einerseits sollte die Rolle der Carabineros in einer Gesellschaft, die die Menschenrechte achtet, berücksichtigt werden, andererseits entspricht ihre Struktur einem Zweig der Streitkräfte, was ihr Verhältnis zur Bevölkerung und den zivilen Behörden erschwert.

Einige der erforderlichen Reformen sind folgende:

1. Achtung und Schutz der Menschenrechte. Bei all ihrer Arbeit müssen die Carabineros die Menschenrechte strikt respektieren, garantieren und unterstützen und ständig für ihren Schutz und ihre Verbreitung sorgen. Die Menschenrechtsabteilung der Carabineros muss über weitreichende Befugnisse verfügen und auf strategischer und operativer Ebene an der Entscheidungsfindung mitwirken, damit die Einhaltung der Menschenrechte umfassend gewährleistet ist.
2. Echte Regierungsführung durch zivile Behörden. Die Aktionen der Carabineros müssen von zivilen Behörden unter strikter Einhaltung des derzeit geltenden Rechtsrahmens verwaltet und kontrolliert werden. Eine der Optionen, die geprüft werden müssen, ist die Schaffung eines vom Innenministerium unabhängigen Ministeriums für öffentliche Sicherheit, das eine wirksame und angemessene Kontrolle über die Institution ausüben kann.
3. System zur Kontrolle, Überwachung und Auswertung. Es wird eine Polizei benötigt, die einem umfassenden System der Überwachung und Rechenschaftspflicht unterliegt, welches sowohl den Kontext der Politik der Institution als auch die Bedürfnisse der Bürger berücksichtigt. Dazu muss der Staat über die notwendigen Instrumente und Kapazitäten verfügen, um die Polizeipolitik zu kontrollieren, zu überwachen und zu evaluieren, mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die Entscheidungsfindung von strengen und transparenten Evaluierungen geleitet wird.

Dazu gehört auch eine Reform des internen Kontrollorgans, dessen Funktionen und Organisationsebene geändert werden müssen, um die Unabhängigkeit und

Effizienz der Untersuchungen zu gewährleisten. Es ist auch notwendig, die Mechanismen des Zugangs zu Informationen über die Arbeitsweise der Carabineros neu zu bewerten, insbesondere die Aspekte, die aufgrund eines angeblichen Risikos für die "nationale Sicherheit" (ebenso wie andere Zweige der Streitkräfte) unzugänglich sind, da dieser Mangel an Informationen eine angemessene Bewertung und Überwachung durch die Bürger verhindert.

Die folgenden Maßnahmen werden als diejenigen identifiziert, die dringend umgesetzt werden sollten:

1. Ein Verbot der Verwendung von TEC-Harseim-Pellets und anderer schädlicher Mehrschlagmunition in Aufgaben der öffentlichen Ordnung.

Das Abfeuern von Mehrschlaggeschossen ist notorisch ungenau, unterschiedslos und willkürlich. Aufprallgeschosse, die ungenau sind oder einen Aufprall mit übermäßiger Energie erzeugen (z.B. gummierter Schrot), müssen verboten werden.<sup>3</sup>

Die Auswirkungen und der angemessene Einsatz von Geschossen und Munition mit kinetischer Wirkung müssen unabhängig bewertet und kontrolliert werden, bevor sie im öffentlichen Dienst eingesetzt werden.

2. Erstellung von Protokollen zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung, die detailliert, spezifisch und in ihrer Gesamtheit völkerrechtskonform sind. Dazu gehört notwendigerweise eine genaue Beschreibung, wann und wie die Anwendung von Gewalt notwendig ist. Für das Inkrafttreten solcher Protokolle sollte die Zustimmung von Organisationen, die Expert\_innen auf diesem Gebiet sind, wie das Nationale Menschenrechtsinstitut und der Kinderombudsman, erforderlich sein.
3. Überprüfung der Verwaltungsuntersuchungen mit dem Ziel, zu gewährleisten, dass keine Person, die Menschenrechtsverletzungen begangen hat, in der Institution verbleibt.

Während des Reformprozesses der Carabineros müssen die Exekutive und die Legislative einen weitreichenden sozialen Dialog einfordern, der aktiv die Beteiligung der Zivilgesellschaft und historisch diskriminierter Gruppen wie der indigenen Völker, Menschen mit unterschiedlichen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten, Migrant\_innen, Geflüchteten und feministischen sowie Frauen- und Mädchenrechtsbewegungen u.a. einschließt.

### **3. VERFASSUNGSPROZESS ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER MENSCHENRECHTE**

Die Menschenrechtsverletzungen, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird, fanden im Zusammenhang mit Massendemonstrationen statt, um die Garantie der grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Rechte in Chile zu

---

<sup>3</sup>Amnesty International, *Die menschenrechtlichen Auswirkungen von weniger tödlichen Waffen und anderer Strafverfolgungsausrüstung*, siehe <https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3013052015ENGLISH.PDF>

fordern: Menschenwürdige Gesundheitsversorgung, Bildung, Renten, Wohnung und Arbeit.

Die Behörden müssen sich daher unbedingt vor Augen halten, dass diese Forderungen der Grund für die Proteste waren und dass die Lösung der Krise daher mit den Maßnahmen der Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und der Nicht-Wiederholung einhergehen muss, die für die Gewährleistung der geforderten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte notwendig sind.

Zu den Forderungen, die sich herauskristallisierten, gehörte die Notwendigkeit einer neuen Verfassung, da die gegenwärtige chilenische Verfassung die Menschenrechte, insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, nicht ausreichend schützt. Daher ist die Organisation der Ansicht, dass der im November 2019 vereinbarte Verfassungsgebungsprozess eine historische Gelegenheit bietet, diese Forderungen aller Bevölkerungsgruppen anzugehen, und dass ihm Priorität eingeräumt werden muss.

Der künftige Verfassungskonvent, sei er nun zu 100 Prozent gewählt oder gemischt (50 Prozent gewählt und 50 Prozent aus parlamentarischen Vertreter\_innen zusammengesetzt), muss die Vertretung und integrative Beteiligung von sozialen Akteur\_innen und Bürger\_innen, einschließlich Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Regionalversammlungen und Menschenrechtsverteidiger\_innen, gewährleisten.

Exekutive und Legislative müssen sich eingehend mit dem Einsatz von Quoten für Gruppen befassen, die in der Vergangenheit marginalisiert, ausgeschlossen und diskriminiert wurden, wie z.B. indigene Völker, Gemeinschaften mit unterschiedlichen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten, Migrant\_innen und Frauenrechtsbewegungen. Wie auch immer der festgelegte Mechanismus aussehen mag, ihre Beteiligung muss gewährleistet sein, und ihre Vorschläge müssen berücksichtigt werden.

Die Mitglieder des Verfassungsprozesses, von der Exekutive bis zum Kongress und dem Verfassungskonvent selbst, müssen sicherstellen, dass die neue Verfassung alle Menschenrechte, einschließlich der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechte, umfassend und unteilbar achtet, schützt und erfüllt.

Diese Garantie muss nicht nur bei der Erstellung des Rechkatalogs und der Umsetzung internationaler Menschenrechtsverträge in nationales Recht berücksichtigt werden, sondern auch bei der Rolle des Staates im Hinblick auf die Gewährleistung dieser Rechte und geeigneter Durchsetzungsmechanismen.